

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Deutschland oder anderen EU-Ländern sind monatlich wesentlich höher als Mindestlöhne in Bosnien und Herzegowina – für diejenigen, die Arbeit haben (54 Prozent Arbeitslosigkeit, 72 Prozent Jugendarbeitslosigkeit). Weit verbreitet ist zudem die Einstellung, dass Vater Staat den Menschen zu helfen hat (!), die sich mit mangelnder Kreativität, fehlender Eigenverantwortung sowie einer „genetisch“ über Generationen weitergegeben Versorgungsmentalität paart.

Bulgarien

Dr. Marco Arndt / Borsilav Wankov (28.08.2015)

Bulgarien wird im Zuge der Syrien- und Irak-Krise seit 2013 mit einem großen Flüchtlingsstrom konfrontiert, zumal es sich an der EU-Außengrenze befindet. Seitdem nimmt das Thema „Migration“ breiten Raum in den bulgarischen Medien und der öffentlichen Wahrnehmung ein.

Flüchtlinge sowie illegale Emigranten kommen vor allem über die bulgarisch-türkische Landgrenze, teilweise aber auch über das Schwarze Meer nach Bulgarien. Ein Teil von ihnen bleibt – eher gezwungenermaßen – im Land, die meisten aber haben Westeuropa einschließlich Deutschland als Ziel.

Der Hauptflüchtlingsstrom hat sich in den letzten Wochen entlang der Route Türkei-Griechenland-Mazedonien-Serbien-EU verlagert. Die Gründe dafür, dass viele Flüchtlinge Bulgarien umgehen, sind laut Medienberichten zum einen finanzieller Natur, da es billiger sei, über Griechenland einzureisen. Die illegale Überquerung der bulgarischen Grenze koste wesentlich mehr. Zum anderen würden aufgegriffene Flüchtlinge nach dem Dublin-Reglement in Bulgarien registriert, was ihre Chancen zur Weiterreise in andere, für sie attraktivere EU-Staaten verringere.

Innenministerin Batscharowa sagte in diesem Zusammenhang, dass Maßnahmen getroffen worden seien, um auch mit einem Flüchtlingsansturm wie ihn Mazedonien derzeit erlebt, fertig zu werden. Die Wahrscheinlichkeit dafür sei aber gering, weil die bulgarischen Grenzen gut bewacht seien. Außenminister Mitov meinte, dass ein Großteil der vermeintlichen Flüchtlinge Wirtschaftsemigranten seien, die entsprechend anders behandelt werden müssten. Nach seinen Worten würden die bulgarischen Grenzen besser bewacht als die griechischen, deshalb seien die Risiken für Bulgarien geringer. Das Verteidigungsministerium hat inzwischen die Entsendung von 25 Soldaten und Militärtechnik an die Grenze angekündigt, um die Situation besser kontrollieren zu können.

Die meisten politischen Parteien versuchen, eine ausgewogene Haltung zur Problematik einzunehmen. So hat der Europaabgeordnete der größten Regierungspartei GERB (EVP), Emil Radev, die EU-Kommission aufgefordert, ein verbindliches Schema zur Umverteilung der Flüchtlinge in der EU in Abhängigkeit vom BIP, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit zu erarbeiten. Der Europaabgeordnete der DSB (EVP) Malinov meinte, dass Bulgarien in einem Atemzug mit Italien und Griechenland als Land, das einem größeren Migrationsdruck ausgesetzt ist, genannt werden müsse. Analog ist die offizielle Position der Regierung; diese legt Wert darauf, dass Ländern wie Bulgarien, die einem anhaltenden Migrationsdruck ausgesetzt sind, geringere Aufnahmequoten auferlegt werden als EU-Binnenstaaten. Eine ähnliche Haltung formulierte auch die sozialistische Europaabgeordnete Jotova.

Eine dezidiert gegen die Flüchtlinge gerichtete Rhetorik betreibt lediglich die oppositionelle nationalistische Partei „Ataka“, die eine Abriegelung der Grenze zur Türkei fordert und die Flüchtlinge als „Dschihadisten“ und eine „private muslimische Armee, die in Lagern an der türkisch-syrischen Grenze ausgebildet wurde“ bezeichnet und vor einer „Islamisierung“ Bulgariens warnt.

Der Umgang mit Migration in Deutschland ist ein Thema in den bulgarischen Medien. Erwähnung findet die deutsche Entscheidung, syrische Flüchtlinge nicht mehr in die Ausgangsländer der EU zurückzuschicken, ebenso werden die Ereignisse in Heidenau beleuchtet. In

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

September 2015

www.kas.de

Zusammenhang damit werden ausführlich die Äußerungen von Bundeskanzlerin Merkel zitiert.

Was die „Willkommenskultur“ anbelangt, so ist der Balkan seit jeher ethnisch stark durchmischt, und das osmanische Imperium, dem Bulgarien bis 1878 fast 500 Jahre angehörte, war ebenfalls ein Vielvölkerstaat. Auch heute gibt es substantielle ethnische und konfessionelle Minderheiten in Bulgarien, so dass die Bulgaren an das Zusammenleben mit anderen Ethnien und Glaubensrichtungen gewöhnt sind. Nicht selten werden von Politikern und Analysten die bulgarische ethnische Toleranz sowie die Gastfreundlichkeit als traditionelle Tugenden hervorgehoben. Das Bild ist jedoch differenzierter. Zuwanderer aus Europa, insbesondere aus Westeuropa, werden nicht nur toleriert, sondern sind sogar erwünscht und willkommen. So haben sich einige Tausend Briten Häuser in bulgarischen Dörfern gekauft und sich dort angesiedelt und werden von der einheimischen Bevölkerung bereitwillig aufgenommen. Einige Hunderttausend Russen besitzen ebenfalls Immobilien in Bulgarien, ohne dass es je zu irgendwelchen Spannungen gekommen wäre. Nach dem Reaktorunglück in Fukushima bekundeten einige bulgarische Dörfer von sich aus Bereitschaft, betroffene Japaner aufzunehmen.

Anders hingegen ist es mit Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen, besonders wenn sie muslimischen Glaubens sind. Hier bestehen in Segmenten der Bevölkerung erhebliche Vorbehalte. In Bulgarien leben nämlich, als Relikt aus der osmanischen Herrschaft, selbst ca. 12 Prozent Muslime sowie eine erhebliche Roma-Minderheit, so dass Befürchtungen wegen Überfremdung durch islamische Zuwanderer keine Seltenheit sind. Im April 2015 hat Pro Asyl einen Bericht über die Flüchtlingsproblematik in Bulgarien erstellt, der das Verhalten der bulgarischen Behörden sowie von Teilen der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen sehr kritisch einschätzt. Demnach seien Menschenrechtsverletzungen, Übergriffe, Erniedrigungen und Misshandlungen von Flüchtlingen in Bulgarien vor allem durch Amtspersonen verbreitet. Vermutlich kommen Fälle, wie im Bericht dargestellt, in der Tat vor, doch kann man nicht von einer systematischen oder gar von der Regierung angeordneten diesbezüglichen Praxis sprechen.

Frankreich

Dr. Nino Galetti (01.09.2015)

In Frankreich steht das Flüchtlingsthema in diesem Sommer nicht so stark im Fokus von Politik und Medien wie in Deutschland. Das liegt offenbar daran, dass sich die Flüchtlingsbewegungen an Frankreich vorbeibewegen: Während in Deutschland in diesem Jahr rund 800.000 Flüchtlinge erwartet werden, gehen die französischen Behörden davon aus, dass in Frankreich weniger als 80.000 Flüchtlinge ankommen werden.

Die Tageszeitung *Le Figaro* steht beispielhaft für die Medienberichterstattung in Frankreich. Diese bürgerlich-konservative Zeitung stellt täglich ein großes Thema in den Mittelpunkt der Ausgabe, das auf der Titelseite sowie auf den Seiten 2 und 3 behandelt wird. Abgesehen von kurzen Agenturmeldungen zur Lage in Nordafrika oder im Nahen Osten wurde die gegenwärtige Flüchtlingsbewegung im gesamten Monat August lediglich zweimal in den Tagesfokus gesetzt.

Am 18. August 2015 berichtete die Redaktion von der Situation in Syrien, auf Sizilien und der griechischen Insel Kos. Der Deutschland-Korrespondent des Figaro analysierte fünfspaltig die Ausführungen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim ZDF-Sommerinterview am 16. August 2015 und schilderte die Lage der ankommenden Flüchtlinge in Deutschland. Ein Bericht über die Ankunft und Behandlung von Flüchtlingen in Frankreich fehlt. Auf zwei Zeitungsseiten findet sich kein einziges Zitat eines französischen Politikers zu dem Thema. In der Ausgabe vom 27. August 2015 wird über die Situation der Migranten in Deutschland,